

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/213

Bonn, den 19. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Um die ethische Indikation</u> Zur Auseinandersetzung um ein hochaktuelles Problem Von Annemarie Renger, MdB	74
3 - 4	<u>Berlin - hier sitzt die Politik "unter der Haut"</u> Von G. Markscheffel, z.Zt. Berlin	84
5 - 6	<u>Nachdenkliche Betrachtungen (I)</u> Zum Nachtragshaushalt für das Jahr 1962 Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestags	83
7	<u>Lehrermangel in Bayern</u> Betrug an der Zukunft junger Menschen Von Bruno Friedrich	42
8	<u>Im Bruderstreit</u> Rundfunk kontra Fernsehen Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	40

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Um die ethische Indikation

Von Annemarie Renger, MdB

Gab es bis 1933 eine öffentliche Diskussion über die Reform unseres Strafrechts, so ist es bezeichnend für eine gewisse Beziehungslosigkeit zwischen Bürger und Staat, dass sich die Auseinandersetzung über das jetzt vorliegende Strafgesetzbuch erst an einer affektgeladenen Einzelerscheinung entzündet hat. Dem Bürger, der sich bisher von diesem Gesetzeswerk nicht persönlich angesprochen fühlte, wurde durch die öffentliche Diskussion um den § 160 vor Augen geführt, dass dieses Gesetz nicht nur einen Rechtsschutz gegen denjenigen gewährt, der sich ausserhalb von Recht und Ordnung stellt, sondern dass es auch unter Androhung von Strafen und Zwang in die Lebenssphäre des "guten" Bürgers eingreifen kann.

An der "ethischen Indikation", also der Frage der erlaubten Schwangerschaftsunterbrechung bei Vergewaltigung und Notzuchtverbrecher, zeigt sich exemplarisch, dass der Staat nicht nur eindeutige Rechtsgüter schützt, sondern auch ethische Normen setzen kann, die keineswegs allgemein gültig sind. Obwohl in der Begründung zum Gesetzentwurf die Bundesregierung feststellte, dass durch das Fehlen einer gesetzlichen Bestimmung über die Straffreiheit einer Abortion bei Notzuchtverbrechen es häufig zu Selbstmorden der vergewaltigten Frauen kommt, und obgleich der Rechts- und Innenausschuss des Bundesrats die Auffassung vertrat, dass einer vergewaltigten Frau die Austragung der Leibesfrucht nicht zugemutet werden kann, beschloss die Mehrheit des Bundesrats und das Kabinett, dass eine solche Schwangerschaftsunterbrechung gemäss § 140 strafbar sei. Das ist ein Eingriff in die Entscheidungsfreiheit des einzelnen durch die staatliche Gewalt, der nicht hingenommen werden kann.

Für die übergrosse Mehrheit ist es unerträglich, wenn einer vergewaltigten Frau oder gar einem Kind diese aufgezwungene Mutterschaft gesetzlich befohlen wird.

Von den menschlichen und seelischen Katastrophen abgesehen, die einer Situation bei der medizinischen Indikation gleichzusetzen sind, muss eine solche Entscheidung von den weitaus meisten Betroffenen als ein "gesetzliches Unrecht" empfunden werden, das sie an dem sozialen und demokratischen Rechtsstaat zweifeln lässt. Die Gewissensentscheidung für oder gegen eine Abortion in diesem Fall muss von dem einzelnen selbst getroffen werden können. Sie darf nicht durch staatlichen Zwang ersetzt werden.

Prof. Dr. Helmut Thielicke sagt dazu:

"Es gibt keine schlimmere Gewissenstyranei, als wenn eine dogmatische oder moral-theologische These ... solchen aufoktroyiert wird, die nicht von ihr überzeugt sind."

Es kann aber keinen Zweifel daran geben, dass, wie aus der Berichterstattung des früheren Justizministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Flehminghaus, hervorgeht, eben dieses Dogma die Entscheidung von Bundesrat und Kabinett herbeigeführt hat. Damit wird der Versuch unternommen, eine moral-theologische These, die allein eine Angelegenheit zwischen der Kirche und ihren Gläubigen ist, auch für diejenigen zum Gesetz zu erheben, die sich dadurch zutiefst in ihrer persönlichen und menschlichen Würde verletzt fühlen. Der evangelische Theologe Dr. Heinz Zahrnt zeigt die Unteilbarkeit des Menschen und seiner Würde in folgenden Worten auf:

"Der Mensch ist nicht Natur, sondern Geschichte, er ist nicht nur Fleisch, sondern Person, und die Frau nicht nur ein Weibchen, sondern Mutter. Sie hat nicht nur einen Leib, sondern mit eben diesem Leib zugleich Ehre, Würde, Freiheit, Schicksal ... Das alles ist durch die geschehene Vergewaltigung tief verletzt worden."

Diese Auffassung entspricht wohl der Übergrossen Mehrheit unseres Volkes und nicht der Meinung derjenigen "kirchlichen Kreise", die die These vertreten, "dass die Frau die Folgen der ihr zugefügten Gewalttat als Schicksal hinnehmen müsse".

Bei der Erörterung dieses Themas ist jedermann klar, dass es nicht darum geht, einer Erleichterung einer Schwangerschaftsunterbrechung im allgemeinen die Tür zu öffnen. Diese Frage steht überhaupt nicht zur Diskussion.

Bei diesem Thema geht es darum, dem Opfer eines Verbrechens die Entscheidungsfreiheit über sein Schicksal selbst zu überlassen und die Grenzen zwischen der staatlichen Gewalt und dem persönlichen Freiheitsbereich abzustecken. Man kann sich des unangenehmen Gefühls nicht erwehren, dass es Kreise gibt, die die Entscheidung über diese Frage, die im Parlament getroffen werden muss, auf eine konfessionelle und parteipolitische Ebene schieben wollen. Das wäre eine verhängnisvolle Entwicklung, die dann auch auf andere Gebiete unseres gesellschaftlichen Lebens übergreifen würde. Die Abstimmung im Deutschen Bundestag wird zeigen, ob die Achtung vor der Gewissensentscheidung des anderen in der Bundesrepublik gewährleistet ist.

+ + +

Berlin - hier sitzt die Politik "unter der Haut"

Von G. Markscheffel, z.Zt. Berlin

In Berlin sitzt den Menschen die Politik "unter der Haut". Kein Wunder, denn die Welt spricht und schreibt über Berlin, über sein Schicksal, über seine Zukunft.

\* \*  
\*

Da sitzen wir mit Pädagogen, Städtebauern und Medizinern zusammen. Sie kamen, um an dem großen SPD-Kongreß "Gemeinschaftsaufgaben" teilzunehmen. Den ganzen Tag haben sie in der Kongreßhalle über Schulen, die Gesundheit und Kulturpolitik, über den Städtebau und das Leben in den Gemeinden diskutiert. Unter ihnen sind Frauen und Männer von großem Ruf. Viele haben hervorragende Bücher geschrieben; einige sind Bestseller-Autoren in ihrem Fach. Nichts wäre verständlicher, wenn sie Fachsimpeln würden. Und beinahe sieht es auch so aus. Gerade spricht man von der Ferienordnung. Es fällt das Wort vom Glück der Kinder und einer sagt in die Stille hinein: "Vielleicht, hoffentlich, können wir es ihnen geben, das Glück".

Ein anderer, zu Erich Ollenhauer, Wehner und Brandt gewandt: "Da wären wir also wieder bei der Politik." - Er sagt es nicht wie mancher Intellektuelle, der die Politik wie eine Randerscheinung unseres Lebens betrachtet. Die Feststellung ist Frage und Appell zugleich.

\* \*  
\*

Vom Glück der Kinder, über den Bau der Städte und den Sorgen um unsere alten Menschen wird das Wort des Denkens mit der Politik des Tages verwebt. Carlo Schmidt schmunzelt, als einer meint, in seiner Jugend habe man noch von der Politik gesprochen, die "ein garstig Wort" sei. Dann habe man mit ihm selbst Politik gemacht, und jetzt stehe er mitten drin.

Ob Ferienordnung, Städtebau oder Gesundheit - überall ist das "Politikum" der große Versuch, mit den realen Dingen der Gegenwart fertig zu werden; mit dem Menschlichen und oft Allzumenschlichen.

Als sich ein anderer gar wundert, daß die Sozialdemokraten in ihren Veranstaltungen Redner zu Wort kommen lassen, die "ganz anders reden, als es im SPD-Programm steht", sagt Ollenhauer trocken: "Das ist so, weil wir wissen, daß erst die Vielfalt der Meinungen ein richtiges Bild von den Problemen gibt, die wir politisch lösen wollen und müssen". Und schmunzelnd, Gelächter auslösend, fügte Ollenhauer hinzu: "Das, worüber Sie und manche andere sich wundern, das halten wir aus."

\* \*  
\*

Da ist sie wieder, die Politik. Unaufhaltsam drängen die Fragen. Was hat Adenauer gemeint, als er im Bundestag sagte, er sei bereit, über vieles mit dem Osten zu reden, wenn dadurch eine Erleichterung für

die Menschen jenseits der Mauer und der Zonengrenze erreicht würde? - Die Blicke der Wissenschaftler bleiben auf die Politiker gerichtet. Herbert Wehner: "Da müssen Sie ihn selbst fragen, so laut wie möglich. Ich habe es getan im Bundestag. Er hat nicht geantwortet."

Stille. Jeder blickt in sein Glas, keiner sagt ein Wort, denn jeder weiß, daß keine Antwort kommen wird. Wehner: "Wenn wir nicht sagen, worüber wir reden wollen, dann werden andere reden. Vielleicht über Dinge, an die wir jetzt noch gar nicht denken. Das war schon oft so."

\* \*  
\*

Leise schaltet sich ein Medizinprofessor in die Unterhaltung ein: "Merkwürdig, mir ist gerade bewußt geworden, wie häufig in der Politik Pillen verabreicht werden, wo doch der Chefarzt eigentlich eine ganze Therapie entwickeln müßte." - Gelächter in der Runde. Ein Städtebauer stößt nach: "In meinem Fach ist es genau so. Da ein neues Strässchen, dort ein Stückchen abgerissen, aufgebaut; aber der große Wurf? Der kommt erst dann, wenn die Städte platzen oder zerstört sind."

\* \*  
\*

Willy Brandt spricht vom Engagement des Einzelnen, des Wissenden, des Hervorragenden. "Ich glaube, wir müssen alle voneinander lernen. Wir sollten aber auch laut sagen, was wir wissen. Und dann gemeinsam handeln. Wissenschaft und Politik gehören zusammen; doch ist doch alles nicht Selbstzweck. Es hat nur einen Sinn, wenn wir uns einander mitteilen. Dann schaffen wir es auch."

\* \*  
\*

Und die Berliner? Wenn man in der Bundesrepublik versucht, mit einem Unbekannten in der Strassenbahn oder im Gasthaus in ein politisches Gespräch zu kommen, stößt man meist auf mißtrauisches Schweigen. Er macht hm, hm oder sagt: "Meinen Sie?" Man gibt es sehr schnell auf. In Berlin das Gegenteil. In diesen Tagen habe ich es wieder einmal versucht, im Autobus, im Restaurant, mit dem Taxifahrer, mit der alten Frau im Zigarettenkiosk - überall und bei den unmöglichsten Gelegenheiten. Ein Wort, eine Frage genügt. Meist fängt es mit einem Witz an, mit einer leicht hingeworfenen Bemerkung. Aber dann geht es los, oft ohne Rücksicht auf Verluste. Du wirst nicht gefragt, wer du bist, wo du herkommst. Und wenn du eine ganz andere Meinung hast als sie selber, macht nichts. Es wird diskutiert, gelacht, gespottet und schlimmstenfalls hörst du: "Der ist ja bekloppt." Sie reden von Kennedy, als wäre es der Nachbar um die Ecke. Von Brandt, als spielten sie mit "Willy" jeden Tag Skat, von Ulbricht, als sei er ein häßlicher Gartenzwerg, über de Gaulle als gäbe es keinen französischen Staatspräsidenten gleichen Namens, sondern nur einen Mann, der ausschließlich wegen seiner großen Nase erwähnenswert sei.

Ihr eigenes Schicksal bedenken die Berliner mit Sarkasmus. Von Resignation keine Spur. Ganz fein und kaum merkbar kommt in das Gespräch meist ein Schuß Melancholie hinein. Böse werden sie nur, wenn jemand geschwollen über ihr Schicksal daherredet oder wenn einer Versprechungen macht, die als Beruhigungsspielen erkennbar sind. Es ist etwas an der "Berliner Luft". Es ist das Lied von Menschen, die ihre Stadt lieben und frei in ihr leben wollen.

+ + +

Nachdenkliche Betrachtungen (I)

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestags

Das Plenum des Bundestages und danach der Haushaltsausschuss werden sich in Kürze mit dem Entwurf eines Nachtrags zum Bundeshaushalt für das Rechnungsjahr 1962 und mit dem dazu vorgelegten Nachtragshaushaltsgesetz zu befassen haben. Es ist zu begrüßen, daß der Bundesfinanzminister mit der Vorlage eines Nachtragshaushalts von dem nicht willkommenen System der über- und außerplanmäßigen Bewilligungen abgeht und um eine Entscheidung des Parlaments zum Beschluss über einen ordentlichen Nachtragshaushalt nachsucht. Der Inhalt der Ansätze ist in tatsächlicher und grundsätzlicher Hinsicht in vielen Punkten interessant.

Die Ausgabenseite

Im Rahmen des Einzelplans 06 für den Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern ist eine einmalige Ausgabe von 21 840 000 DM als Kassenhilfe für die "Deutsche Welle" und für den "Deutschlandfunk" zur Inbetriebnahme, Einrichtung und Verwaltung vorgesehen. Der eigentliche Haushalt für 1962 enthält für diesen Zweck nur einen Leertitel, weil bei Aufstellung des Haushaltsplans nur mit einer kurzfristigen Zwischenfinanzierung der beiden Rundfunkanstalten durch den Bund gerechnet wurde. Weil die Verhandlungen über die endgültigen Kostenträger nach Auffassung der Bundesregierung bis zum 31. Dezember dieses Jahres nicht abgeschlossen werden können, glaubt der Bundesfinanzminister die für die Zwischenfinanzierung erforderlichen Mittel als einmalige Ausgabe ansetzen zu müssen. Diese Auffassung ist falsch. Es handelt sich nicht um eine einmalige Ausgabe, sondern nach wie vor um eine Zwischenfinanzierung von der der Finanzminister selbst erklärt, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel von den endgültigen Kostenträgern zu erstatten sind.

Für den Deutschlandfunk sind vorgesehen 12 018 700 DM, für die Deutsche Welle 9 821 300 DM, zusammen 21 840 000 DM. Es entspricht nicht den Bestimmungen des Haushaltsrechts, dass eine kurzfristige Zwischenfinanzierung als einmalige Ausgabe im Etat erscheint. Ein solcher Ansatz verändert den Gesamtabschluss und beeinträchtigt das Bild in einer ungünstigen Weise. Es handelt sich praktisch bei einer Kassenhilfe um einen Vorschuß oder um ein Darlehen, und ein derartiger Betrag ist im ordentlichen Haushalt unter keinen Umständen endgültig als einmalige Ausgabe zu buchen. Die Endsurze des Nachtragshaushalts kann also entweder um 21 840 000 DM gekürzt werden, oder der Betrag steht für andere Zwecke des Haushalts zur Verfügung.

Im Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen werden 600 000 DM als einmalige Ausgabe für die Förderung der Entwicklung von technischen Hilfen für Kinder mit schweren Missbildungen (sogenannte

Contergen-Fälle") sowie Zuschüsse zur Förderung der notwendigen Erweiterung bestehender Fachkliniken und Sonderschulen angefordert. Dieser Bewilligung wird niemand widersprechen. Der weitergehende Antrag der Sozialdemokraten auf materielle Hilfe für Familien, in denen Contergen-Kinder geboren wurden, bleibt als Gegenstand der Beratung ohnedies auf der Tagesordnung des Bundestages.

#### Nicht für Kriegsopfer und Beamte?

Für die Erhöhung der Grundvergütung der Angestellten und der Löhne der Arbeiter nach den Tarifverträgen vom 7.6.1962 und für Übergangszahlungen an Angestellte der Vergütungsgruppen VII bis X wurden insgesamt 23,7 Millionen DM angewendet. Aus gleichem Anlaß wurde der Deutschen Bundesbahn ein Zuschuß von 67,5 Millionen DM gewährt und zur Verstärkung der Ansätze für Zuwendungsempfänger nach § 64a RHO erscheint eine Million DM, also 92,2 Millionen DM in Ausgabe. Gegen diese Etatisierung einer bereits geleisteten Zahlung bestehen keinerlei Bedenken. Es fehlt in diesem Nachtragshaushalt aber der notwendige Ansatz für eine Überbrückungshilfe für die Beamtenschaft und in dem überhaupt nicht angesprochenen Einzelplan 11 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung - fehlt jeglicher Ansatz für die Überbrückungshilfe zugunsten der Kriegsopfer.

Der Beitrag des Bundes aus Anlaß der Flutkatastrophe vom 16./17. Februar 1962 mit 100 000 DM wird hier ordnungsgemäß im Nachtragshaushalt untergebracht, ebenso der um 13 Millionen DM erhöhte Zuschuß an das Saarland zur Förderung des Absatzes saarländischer Erzeugnisse.

Als einmalige Ausgabe will der Bundesfinanzminister den Betrag von 25 Millionen DM als Darlehen an das Land Berlin zur Finanzierung von Vorsorgemaßnahmen etatisieren. In diesem Falle läßt sich wegen des besonderen Charakters dieser Ausgabe die Etatisierung als Darlehen rechtfertigen, denn Vorsorgemaßnahmen geschehen für den Fall einer besonderen Situation. Tritt diese Situation ein, dann ist nicht damit zu rechnen, daß der ganze Betrag wieder hereinkommt, macht jedoch eine politische Entspannung diese Vorsorgemaßnahmen überflüssig, dann ist ein Rückfluß zu erwarten und daraus rechtfertigt sich die Bezeichnung dieser Leistung als Darlehen.

Im Rahmen des Kapitels "Bundeshilfe für Berlin" soll der allgemeine Zuschuß zum Berliner Haushaltsplan infolge der Steuerausfälle des Landes Berlin mit 114 000 000 DM erhoben werden. Zur Abdeckung der Verpflichtungen des Landes Berlin gegenüber der Allgemeinen Ortskrankenkasse und für Leistungen des Landes Berlin an Berliner Innungskrankenkassen und Betriebskrankenkassen sind weitere 36 Millionen DM erforderlich. Einer weiteren Ansatz von 20 000 000 DM sieht der Bund zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlebergbau und 58 500 000 DM als Beitrag zur Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen der Kohlewirtschaft vor. Soweit die Ausgabenseite.

(II. Teil folgt)

+ + +

## Lehrermangel in Bayern

Von Bruno Friedrich

Weite Kreise der bayerischen Bevölkerung sind tief beunruhigt über den in den letzten Wochen zutage getretenen Lehrermangel. Das Bayerische Kultusministerium hat in der Öffentlichkeit herbe Kritik einstecken müssen.

Kultusminister Maunz hat nun die pensionierten Lehrer Bayerns angeschrieben mit der Bitte, gegen höheres Entgelt als früher wieder im Schuldienst zu arbeiten. Das ist ein begrüßenswerter Schritt. Er ist aber nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, denn eine Lösung des Schulproblems in Bayern bringt er nicht. Die Lehrerfrage ist und bleibt für die nächsten Jahre in Bayern ein Politikum. Einer steigenden Schülerzahl steht eine unzureichende Zahl von Absolventen der Pädagogischen Hochschule gegenüber.

In der CSU und von denen, die sie verteidigen, wird argumentiert, man müsse den Lehrermangel in Bayern als naturgegebenes Übel hinnehmen. Diese Argumentation ist falsch und kann widerlegt werden.

- \* Dem Land Hessen stehen dank einer umfassenden Voraus-
- \* planung in den nächsten drei Jahren in der Lehrerbildung
- \* 1550 Lehrer über seinen Bedarf zur Verfügung. Dies ent-
- \* spricht dem Bedarf des Landes für die vollständige Ein-
- \* führung des neunten Schuljahres in Hessen.

Wollte man der Nürnberger Argumentation des CSU-Vorsitzenden Strauss folgen, daß Hessen nur wegen der Aufwärtsentwicklung im Bund eine so erfolgreiche Politik betrieben hat, dann müßte man die Frage stellen: hat die CSU in Bayern schlechtere Beziehungen zu Bonn als die SPD in Hessen? Zumindest Kultusminister Maunz wird der Argumentation seines Parteivorsitzenden nicht folgen können.

- \* Der Lehrermangel in Bayern liegt nicht in der Natur des
- \* Landes, sondern in der Natur der Kulturpolitik der CSU,
- \* die sich in der Lehrerbildungsfrage vom Problem hat
- \* schieben lassen.

Werden nicht endlich umfangreiche und langfristige Maßnahmen ergriffen, dann besteht die Gefahr, daß die gegenwärtige Schülergeneration Bayerns schwere Ausbildungsschäden erleidet. Dafür trägt die CSU die Verantwortung. Schon hört man Stimmen, die geneigt sind, das Problem auf Kosten der Qualität des Unterrichts zu lösen. Das ist keine Lösung, sondern Betrug an der Zukunft junger Menschen. Die SPD in Bayern wird diesen Weg niemals akzeptieren.

Zu den langfristigen Maßnahmen, die die SPD erwartet, gehört nicht nur der Ausbau der Lehrerbildung. Wo bleibt die Vorlage des Kultusministers, die neben einer Ausweitung der Lehrerbildung eine bessere und befriedigende Ausstattung unserer Schulen bis zu den Dienstwohnungen der Lehrer draußen auf dem Land garantiert? Das Schiebenlassen, wie es von der CSU praktiziert wird, wirkt sich besonders in der Schulpolitik schlimm aus.



## Rundfunk kontra Fernsehen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Im Kopenhagener Funkhaus ist ein Bruderstreit ausgebrochen, der von der dänischen Öffentlichkeit mit großer Anteilnahme verfolgt wird. Einige Programm-Mitarbeiter des Rundfunks haben ihren Fernsehkollegen den Fehdehandschuh zugeworfen, sie wollen nicht länger danebenstehen und zusehen, wie das Interesse des Publikums und die Gunst des staatlichen Geldgebers sich fast ausschließlich auf das Fernsehen konzentrieren. Sie verlangen, nunmehr ein Wort mitzureden und versuchen, durch neue Ideen und tiefgehende Programmänderungen mit dem Fernsehen in offene Konkurrenz zu treten und die seit Jahren verlorenen Rundfunkhörer zurückzuerobern.

Der Anlass zum "Bruderstreit" war eine drei Stunden dauernde Rundfunksendung, die sich mit "Italien heute" befasste. Der Rundfunk wollte beweisen, daß mit einem qualifizierten, von großer Gediegenheit geprägten Programm das Publikum viel besser zu bedienen und anzusprechen sei als mit bunten und weniger durchdachten Fernsehsendungen, die sich auf ein reines Unterhaltungsniveau beschränken.

Nun gehören Rundfunk und TV in Dänemark zur gleichen staatlichen Regie, und es ist ein ungeschriebenes Gesetz, daß sich diese beiden Massenmedien nicht miteinander streiten. Um aber das Ohr der Hörer zu haben, wandte sich der Hauptredakteur der Italien-Sendung im dänischen "Echo des Tages" mit einigen Worten an das Publikum und erklärte unerschrocken, viele Menschen hätten ihn gestanden, sie seien vom Fernsehen übersättigt und ihre Augen seien von vielen Flimmern und der Unruhe auf dem Fernsehschirm müde geworden. Außerdem betonte er unverblümt, der Rundfunk wolle nunmehr wohlbedacht kämpfen, um die verlorenen Hörer zurückzugewinnen.

Diese an sich längst fälligen Bemerkungen haben wie ein Lauffeuer gewirkt. Viele Zeitungen haben der "Kriegserklärung" zugestimmt, und mit einem Mal ist der Rundfunk als Aufklärungs- und Kulturvermittler wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion getreten.

Von den 1,4 Millionen dänischen Rundfunk-Lizenzinhaber verfügen über 800.000 auch über ein Fernsehgerät. Die Situation in Dänemark gleicht der Entwicklung in den meisten anderen Ländern, in denen das Fernsehen mehr und mehr das Interesse an dem gesprochenen Wort verdrängt. Sowohl im Funkhaus als auch bei den verantwortlichen Programm- und Aufsichtsgremien stand man unter dem Bann des vordringenden Fernsehens. Die Rundfunkleute hatten das Gefühl, vor tauben Ohren zu sprechen. Seit Jahren kümmern sich die Tages- und Wochenzeitungen fast ausschließlich um die Fernsehsendungen, während auch die besten und kulturell hervorragenden Rundfunkprogramme nur am Rande, wenn überhaupt, erwähnt wurden.

Dies scheint sich mit einem Schlag geändert zu haben. Nun steht der Rundfunk plötzlich wieder im Blickpunkt der Presse und der Öffentlichkeit. Allerdings kann mit Recht gesagt werden, daß die Rundfunkprogramme immer noch mit vielen langweiligen und altmodischen Traditionssendungen belastet sind, und daß die Anstrengungen, Erneuerung und Aufrüttelung zu bringen, sich auf wenige, besondere Gebiete begrenzen. Aber der Anfang ist gemacht, das Tabuwort ist gesprochen, der Zauber ring um das Fernsehen ist hart angetastet und eine neue Welle kann sich anbahnen, wenn die Rundfunkleute es verstehen, ihre Chance zu nutzen.